

## KONVENT DER 33

SYNOPSIS: ZEHNTE SITZUNG vom 21.10.2016

### Grundsatzdiskussion

### ***DIE ROLLE SÜDTIROLS IN DER EU UND DER EUREGIO***

---

**Beginn Sitzung:** 18.09 Uhr

**Ende Sitzung:** 21.15 Uhr

**Anzahl der abwesenden Mitglieder:** 6

(Claudio Corrarati, Lun Margareth, Beatrix Mairhofer, Rottensteiner Ewald, Roberto Toniatti, Maurizio Vezzali)

**Wortprotokoll:** abrufbar auf [www.konvent.bz.it](http://www.konvent.bz.it)

(Anzahl der Wörter: 17.868; Seiten: 64)

**Schlagwörter:** Regionen, Zusammenarbeit, EU, Südtirol, Instrument, Sitzungen, Umsetzung, Europaregion, Grenzregionen, primäre Kompetenzen.

**Wortmeldungen:** 102

**Personen, die sich zu Wort gemeldet haben:** 18

#### Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zusammenfassungen der Sitzungen des Konvents der 33 nicht um ein Ergebnisprotokoll handelt, sondern um eine Synopse rein inhaltlicher Natur. Aufgezeichnet werden die verschiedenen Positionen bzw. Vorschläge, die während der Sitzungen aufgeworfen wurden. Dabei wird keine Wertung der Aussagen vorgenommen und keine repräsentative Grundgesamtheit gesucht. Ebenso wird von jeglicher politischer Wertung, einer wissenschaftlichen Analyse und der namentlichen Nennung der Konventsmitglieder abgesehen. Eine Ausnahme wird in Bezug auf Impulsgeber oder Experten gemacht, die während der Sitzungen referieren. Die Synopse wird von der EURAC in deutscher Sprache verfasst und zur Freigabe dem Präsidium des Konvents der 33 übermittelt. Nach dem Aufzeichnen von Grundsätzlichem und den Kernaussagen wird – sofern vorhanden – auf Dokumente verwiesen, die in den Sitzungen andiskutiert bzw. dem Konvent der 33 übermittelt wurden und für dessen Arbeit relevant sind (Anlagen in Originalsprache). Aufzählungen erfolgen im Regelfall in alphabetischer Reihenfolge. Beim Verfassen der Synopsen bemüht man sich um die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe, doch sei darauf verwiesen, dass alle nicht geschlechtsneutral verwendeten Begriffe durchgehend für die weibliche als auch männliche Bezeichnung stehen. Die Wortprotokolle und die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf [www.konvent.bz.it](http://www.konvent.bz.it) unter Dokumente bzw. Videos abrufbar.

## 1. Verlängerung Konvent der 33 und Bericht Forum der 100

Auf Vorschlag des Präsidiums des Konvents der 33 werden seine Arbeiten einstimmig bis Ende Juni 2017 verlängert. Präsident Tschurtschenthaler berichtet über die Sitzung des Forums der 100 und unterstreicht die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Konventsorgane.

## 2. Inhaltliche Einführung durch Esther Happacher

Um die rechtlichen Beziehungen zwischen der EU und Südtirol zu verstehen, sei es zuallererst wichtig zu betonen, so Happacher, dass im geltenden Autonomiestatut nicht auf die EU Bezug genommen wird. Sie verknüpft ihre Ausführungen auch mit Kernpunkten, die der abwesende Roberto Toniatti zu diesem Thema in einer schriftlichen Stellungnahme aufführt. Sie weist einerseits auf vorhergegangene und heutige Anwendungs- und Umsetzungsverfahren von Unionsrecht hin (die Durchführungsbestimmung Nr. 526/1987; die sogenannten „Europagesetze“ und europäischen Delegierungsgesetze), andererseits auf die Ausgestaltungsformen des Beteiligungsrechts subnationaler Gebietskörperschaften an der Entstehung unionsrechtlicher Akte.

Die Umsetzungsbefugnis liege grundsätzlich bei dem Akteur, der auch die gesetzlichen Zuständigkeiten innehat. Folglich seien die Regionen und die autonomen Provinzen in den Bereichen ihrer primären Zuständigkeiten für die Umsetzung von Unionsrecht verantwortlich. Des Weiteren unterstreicht Happacher, dass einige Artikel des Autonomiestatuts nicht mehr unionsrechtskonform seien (z.B. Art. 10 Abs. 3), was bei den Arbeiten zu beachten sei. Sie hebt auch hervor, dass das Unionsrecht nicht die verfassungsrechtliche Struktur der Mitgliedstaaten verändern könne und dass das Subsidiaritätsprinzip eine Regel im Bereich der Kompetenzverteilung sei. Auch kann bei Vertragsverletzungen auf Unionsebene immer nur der Mitgliedstaat zur Verantwortung gezogen werden. So richte sich eine Vertragsverletzungsklage einzig und allein gegen den Mitgliedstaat, selbst wenn die Unionsrechtsverletzung auf die Gebietskörperschaften zurückzuführen sei. Der Mitgliedstaat muss Sorge dafür tragen, dass dies nicht geschieht. Der italienische Staat kann hier mittels der sogenannten Ersatzbefugnis (Art. 120 Abs. 2 italienische Verfassung) tätig werden.

Die Regeln der subnationalen Beteiligungsrechte an der Entwicklung von Unionsrecht wurden mit der Verfassungsreform von 2001 kodifiziert und in einer Reihe von Ausführungsgesetzen umgesetzt (u.a. Loggia-Gesetz, Legge Buttiglione). Hierbei wurden eigene Verfahrensregeln für die autonome Provinz Bozen erlassen. Happacher bringt im Bereich der Beteiligungsrechte folgende Beispiele: den Ausschuss der Regionen (AdR), ein 1994 eingerichtetes, beratendes Organ; die Beteiligung über den Europäischen Rat (Vertreter der Regionen und autonomen Provinzen in den Ausschüssen bzw. in den Delegationen; Ersetzen des Ministers durch Vertreter der Regionen), auch wenn letztendlich der Mitgliedsstaat selber nur eine Stimme habe; als auch die zentrale Rolle der Staat-Regionen-Konferenz und der Präsidentenkonferenz auf nationalstaatlicher Ebene.

Happacher weist auch auf die EU-Verordnung aus dem Jahr 2006 hin, die die Gründung Europäischer Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) ermöglicht. Diese bildet die Rechtsgrundlage für den EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“, dessen Mitglieder im Rahmen ihrer jeweiligen verfassungsmäßig festgeschriebenen Zuständigkeiten zusammenarbeiten können.

### 3. Kernaussagen der verschiedenen Diskussionsbeiträge

#### a) Umsetzung EU-Recht, Beteiligung EU-Rechtsetzungsverfahren, direkter Kontakt Südtirols zu EU-Organen

Es müsse klar im Autonomiestatut festgelegt werden, dass die autonome Provinz Bozen in den Bereichen ihrer primären Zuständigkeiten zum einen selbst EU Recht umsetze, zum anderen in EU-Rechtsetzungsverfahren ein Teilnahmerecht habe (v.a. in Bereichen, die Minderheitenrechte betreffen; angeführt in diesem Zusammenhang werden die Åland-Inseln und Katalonien, die bei gewissen Vertragsverhandlungen, in Bereichen ihrer Zuständigkeit, angehört werden).

Prinzipiell gelte: mehr primäre Zuständigkeiten bedeuten auch mehr Möglichkeiten Unionsrecht umzusetzen. Demnach müsse man: Zuständigkeiten ausbauen und klarer definieren; die AKB abschaffen; die Kompetenzen in der Normenhierarchie so verankern, dass sie vom italienischen Verfassungsgerichtshof nicht ausgehöhlt werden können. Dies sei besonders im Hinblick auf das Verfassungsreformvorhaben wichtig. Diese beabsichtige, die konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis der Regionen zu streichen, womit die Beziehungen zur EU ausschließliche Kompetenz des Staates würden. Dadurch, dass die EU keine Kompetenz im Bereich des Minderheitenschutzes hat, Minderheitenbelange aber als einen gemeinsamen Wert betrachte (Art. 2 EUV), müsse Südtirol im Rahmen des Unionsrechts seine Kompetenzen ausüben können. Dem Minderheitenschutz dienen im engeren Sinne die einzelnen Minderheitenrechte, im weiteren Sinne die Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie. Diese zwei Facetten der Südtiroler Autonomie wurden bereits im Pariser Vertrag festgeschrieben.

Die Tatsache, dass momentan nur die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, vor den Europäischen Gerichtshof zu treten, solle im Rahmen eines EU-Vertrages abgeändert werden. Südtirol solle sich im Falle der Verletzung seiner Interessen direkt vertreten können, und nicht „über Rom“ gehen müssen. Zu beachten sei, dass bei unionsrechtlichen Regelungen die Zustimmung des Mitgliedstaates benötigt wird.

Es sei notwendig, Möglichkeiten des direkten Kontaktes zwischen Südtirol und den EU-Organen zu schaffen (u.a. in Bezug auf die Abwicklung von Projekten). Das Dreistufenmodell des Multilevel-Governance-Prinzip (supranationale, nationale und subnationale Ebene) ließe zu wenig direkte Kontaktmöglichkeiten zu, da bei Verhandlungen mit Brüssel die Mitgliedstaaten immer zwischengeschaltet seien. Es sollen direkte Beziehungen mit Brüssel erfolgen, die nicht über Rom führen, da dieser Umweg nämlich eine „Mentalitätsschwierigkeit“ darstelle. Die autonome Provinz Bozen solle grundsätzlich, neben Italien als EU-Mitgliedstaat, immer dann konsultiert werden, wenn es um Belange im primären Kompetenzbereich Südtirols geht. Diese Konsultationen sollen nicht über die Staat-Regionen-Konferenz abgewickelt werden, sondern über separate „Konsultationstische“ der Sonderstatutsregionen. Ob dieses Instrument für Südtirol gewinnbringend ist, wird kontrovers diskutiert. Eine bessere Beteiligung Südtirols über den AdR soll garantiert werden: es sei verfassungsmäßig festzuschreiben, dass die Minderheiten einen Vertreter Italiens im AdR stellen. Der AdR habe momentan zwar nur konsultative Aufgaben, werde aber in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Unterstrichen wird auch die Entstehung und Wichtigkeit des Südtiroler Büros in Brüssel. Mittels dieses Amtes könne man die entsprechenden Kontakte zu den europäischen Institutionen pflegen und ausbauen.

## b) Außenbeziehungen, Außendarstellung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die autonome Provinz Bozen solle neben direkten Beziehungen nach Brüssel auch Außenbeziehungen führen und Abkommen mit anderen Regionen abschließen dürfen. In der EU sei eine regionale überstaatliche Vernetzung äußerst wichtig. Für Südtirol sei eine Zusammenarbeit mit anderen Minderheiten vor allem zum Schutz der Minderheitenbelange wesentlich. So könne Südtirol in Anlehnung an die Beispiele der regionalen Vertretungen Kataloniens auf Sardinien bzw. der Außenvertretungen Québecks ständige Vertretungen in Innsbruck, Wien und/oder Berlin einrichten. Diese Vertretungen und ihre außenpolitische Funktion in Minderheitenbelangen seien für die Außendarstellung Südtirols bzw. das Tätigwerden auf internationaler Bühne notwendig (im Sinne der Überwindung der Nationalstaaten und des Subsidiaritätsprinzips).

Die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei durch die gemeinsame Geschichte und geografische Nähe von Gebieten naheliegend, besonders im „Gesamttiroler“- Kontext. Einerseits solle u.a. mittels EU-Projekten und der Verbindung von Strukturen wirtschaftlich zusammengearbeitet werden (z.B. in den Bereichen Kultur, Verkehr und Landwirtschaft), andererseits sei die Schaffung und Aufrechterhaltung institutioneller Beziehungen über die Grenzen hinweg eine ständige politische Aufgabe. Das Prinzip und die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollen in der Überarbeitung des Autonomiestatuts beachtet werden.

Kontrovers diskutiert wird, wieviel Raum einzelnen Instrumenten einer solchen Zusammenarbeit im Statut zugesprochen werden soll, insbesondere wenn letztere keine Rechtsinstitute des italienischen Verfassungsgefüges sind. Ausführungen zu den Instrumenten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- EVTZ / „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“: Durch den EVTZ soll die Zusammenarbeit in Grenzregionen im Rahmen der Zuständigkeiten der Mitglieder des EVTZ gefördert werden; EU-Mitgliedstaaten können solche Formen der Zusammenarbeit nicht unterbinden. Grundlegendes Ziel eines EVTZ sei die wirtschaftliche und soziale Förderung von Grenzregionen. Grenzregionen können durch den EVTZ hoheitliche Rechtsakte, aber keine Gesetze erlassen. Im Konkreten geschieht dies meist auf Projektbasis, was auch für die „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ gelte. Grundsätzlich wird zur Europaregion festgehalten: die Zusammenarbeit sei noch auszubauen, sie sei bislang ein intransparentes Instrument und ihr Potenzial noch nicht genutzt.
- Auf europäischer Ebene gewinnen die Makroregionen an Wichtigkeit, da sie neben der grenzüberschreitenden Tätigkeit auch die geographischen Gemeinsamkeiten eines Gebietes unterstreichen. Deshalb sollen das vom Europäischen Rat befürwortete integrierte Rahmenwerk, die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP), aber auch die Alpenkonvention („Magna Charta“ des alpinen Raums) berücksichtigt werden bzw. im überarbeiteten Statut berücksichtigt werden, auf welche Art und Weise auch immer.
- Der Dreierlandtag wird als Instrument der Zusammenarbeit genannt. Er wird aber kritisch diskutiert, da er nur „Selbstverständlichkeiten“ behandle und von den Beteiligten „nicht geschätzt“ werde.
- Aufgrund der Wichtigkeit des Themas EU und „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ wird der Vorschlag eingebracht, dass der Südtiroler Landtag einmal im Jahr verpflichtend über diese Themen sprechen solle.

Renate von Guggenberg, Esther Happacher und Roberto Toniatti werden von Seiten des Präsidiums des Konvents der 33 gebeten, ein zusammenfassendes Dokument zu erarbeiten, das dem Plenum vorgelegt wird, da ein grundlegender Konsens zum Thema bestehe.

#### **4. Diskussion über die Arbeitsweise**

Folgendes wird beschlossen: in der Sitzung am 4.11.2016 wird noch das Makrothema „Die Organe und institutionellen Beziehungen innerhalb der autonomen Provinz Bozen“ besprochen; ab November werden dann einzelne Makrothemen in jeweils drei Arbeitsgruppen vertieft.

#### **5. Anlagen**

- Dokument L. Durnwalder
- Dokument R. Toniatti
- Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 526/1987

## CONVENZIONE DEI 33

SINOSSI: DECIMA RIUNIONE DEL 21.10.2016

### Discussione di principio sul

### ***RUOLO DELL'ALTO ADIGE NELLA UE E NELL' EUREGIO***

---

**Inizio riunione:** ore 18.09

**Termine riunione:** ore 21.15

**Numero dei membri assenti:** 6

(Claudio Corrarati, Lun Margareth, Beatrix Mairhofer, Rottensteiner Ewald, Roberto Toniatti, Maurizio Vezzali)

**Resoconto integrale** scaricabile dal sito [www.convenzione.bz.it](http://www.convenzione.bz.it)

(numero delle parole: 17.868; pagine: 64)

**Parole chiave:** regioni, collaborazione, UE, Alto Adige/Südtirol, strumento, sedute, attuazione, Regione europea, regioni di confine, competenze primarie

**Interventi:** 102

**Persone che hanno chiesto la parola:** 18

#### Osservazioni preliminari di carattere generale

Si fa presente che la sintesi delle riunioni della Convenzione dei 33 non rappresenta un verbale redatto in forma riassuntiva circa i risultati ma una sinossi circa il mero contenuto. Vengono registrate le diverse posizioni e proposte che emergono dalle riunioni, senza valutare le affermazioni espresse e senza cercare una totalità rappresentativa. Allo stesso modo si prescinde da qualsiasi valutazione politica, da un'analisi scientifica e dalla citazione dei nominativi dei componenti la Convenzione; un'eccezione viene fatta per i promotori oppure per gli esperti che tengono delle relazioni durante le riunioni. La sinossi viene redatta in lingua tedesca dall'EURAC e trasmessa per l'approvazione all'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33. Dopo la registrazione di aspetti sostanziali e di affermazioni centrali si fa riferimento a documenti – purché presenti - che sono stati discussi durante le riunioni o che sono stati trasmessi alla Convenzione dei 33 e che sono importanti per il suo lavoro (allegati in lingua originale). Le elencazioni di norma avvengono in ordine alfabetico. Nella redazione delle sinossi ci si adopera affinché vengano utilizzati concetti neutri rispetto al genere, tuttavia si fa presente che tutti i concetti utilizzati non sono neutri rispetto al genere ma che comunque sono da intendersi come concetti che valgono sia per la forma maschile sia per quella femminile. I verbali integrali e le registrazioni delle riunioni sono disponibili sul sito [www.convenzione.bz.it](http://www.convenzione.bz.it) sotto documenti o video.

## **1. Proroga della Convenzione dei 33 e relazione del Forum dei 100**

Su proposta dell'Ufficio di Presidenza della Convenzione dei 33, i suoi lavori vengono prorogati all'unanimità fino alla fine del giugno 2017. Il presidente Tschurtschenthaler relaziona sulla riunione del Forum dei 100 e sottolinea l'importanza della collaborazione tra gli organi della convenzione.

## **2. Introduzione sostanziale di Esther Happacher**

Per comprendere i rapporti giuridici tra la UE e l'Alto Adige, è importante sottolineare innanzi tutto che nello Statuto di autonomia vigente non viene fatto riferimento alla UE. Happacher allaccia le sue esposizioni anche ai punti principali che l'assente Roberto Toniatti ha indicato in un suo intervento scritto su questo tema. Ella fa riferimento da un lato al procedimento precedente ed attuale di applicazione e implementazione del diritto dell'Unione (la noma di attuazione n. 526/1987; le cosiddette „leggi europee“ e le leggi-delega europee), d'altro lato alle forme del diritto di partecipazione degli enti territoriali subnazionali alla nascita degli atti di diritto comunitario.

La potestà di implementazione è sostanzialmente precipua di quella parte a cui sono attribuite le competenze giuridiche, per cui le regioni e le province autonome sono responsabili dell'attuazione del diritto della UE nei settori della loro competenza primaria. Inoltre Happacher sottolinea che alcuni articoli dello Statuto di autonomia non sono più conformi al diritto dell'Unione (ad es. l'art. 10 comma 3), aspetto che deve essere tenuto presente durante i lavori. Ella sottolinea inoltre che il diritto dell'Unione non può modificare la struttura costituzionale degli Stati membri e che il principio di sussidiarietà costituisce una regola nel settore della distribuzione delle competenze. Anche nel caso di ricorsi per inadempimento a livello di Unione, questi sono rivolti solamente contro lo Stato membro, anche se la violazione del diritto comunitario è da ricondursi agli enti territoriali. Lo Stato membro deve provvedere affinché ciò non avvenga. Lo Stato italiano può operare attraverso il cosiddetto potere sostitutivo (art. 120 comma 2 della Costituzione italiana).

Le regole del diritto di partecipazione subnazionale allo sviluppo del diritto dell'Unione sono state codificate con la riforma costituzionale del 2001 ed applicate con una serie di leggi attuative (tra l'altro legge Loggia, Legge Buttiglione). A questo proposito sono state licenziate regole procedurali proprie per la provincia autonoma di Bolzano. Nel settore dei diritti di partecipazione Happacher cita i seguenti esempi: il Comitato delle regioni, organo consultivo istituito nel 1994; la partecipazione attraverso il Consiglio europeo (rappresentanti delle regioni e delle province autonome nelle commissioni o nelle delegazioni; sostituzione del ministro attraverso un rappresentante delle regioni) anche se lo Stato membro alla fine ha solo un voto, il ruolo centrale della Conferenza Stato-Regioni e la Conferenza nazionale dei Presidenti.

Happacher fa presente anche il regolamento Ue del 2006 che ha reso possibile la costituzione dei gruppi europei di cooperazione territoriale (GECT); questo regolamento ha costituito la base giuridica per il GECT "Regione europea Tirolo-Alto Adige-Trentino" i cui membri possono collaborare nell'ambito delle rispettive competenze stabilite a livello costituzionale.

## **3. Affermazioni sostanziali dei diversi interventi**

- a) Attuazione del diritto dell'UE, partecipazione al processo normativo della UE, contatto diretto dell'Alto Adige con gli organi della UE

Nello Statuto di autonomia bisognerebbe chiarire che la provincia autonoma di Bolzano, nei settori in cui possiede competenza primaria, attua da un lato il diritto dell'Unione Europea e dall'altra ha diritto a partecipare ai processi normativi della UE (soprattutto nei settori che concernono i diritti delle minoranze;

in questo contesto vengono citate le isole Åland e la Catalogna che vengono sottoposte ad audizioni per quanto concerne determinati negoziati che ricadono nel loro settore di competenza).

In linea di massima vale il principio che maggiori competenze primarie significano anche maggiori possibilità di implementare il diritto dell'Unione. Pertanto, bisognerebbe potenziare le competenze e definirle più chiaramente, bisognerebbe abolire la potestà di indirizzo e coordinamento; le competenze devono essere ancorate nella gerarchia normativa in modo tale che non possano essere erose dalla Corte costituzionale italiana. Questo è importante in particolare per quanto concerne il progetto di riforma costituzionale che intende sopprimere la potestà legislativa concorrente delle regioni, rendendo i rapporti con l'Unione Europea competenza esclusiva dello Stato. Dato che l'Unione Europea non avrebbe più alcuna competenza nel settore della tutela delle minoranze, ma le questioni attinenti le minoranze però verrebbero considerate come un valore comune (art.2 TUE), l'Alto Adige deve poter esercitare le sue competenze nell'ambito del diritto comunitario. In senso stretto i singoli diritti delle minoranze servono alla tutela delle minoranze, in senso lato vi servono l'autonomia legislativa e amministrativa. Queste due sfaccettature dell'autonomia altoatesina sono già state ancorate nell'Accordo di Parigi.

Il fatto che attualmente solo gli Stati membri abbiano la possibilità di ricorrere davanti alla Corte europea dovrebbe essere modificato nell'ambito di un trattato UE. In caso di violazione dei suoi interessi, l'Alto Adige deve poter essere rappresentata direttamente e non dover "passare attraverso Roma". Bisogna tenere presente che per ciò che attiene le regolamentazioni che afferiscono al diritto dell'Unione è necessario l'assenso dello Stato membro.

È necessario creare delle possibilità di contatto diretto tra gli organi dell'Unione europea e l'Alto Adige (tra l'altro in riferimento alla realizzazione di progetti). Il modello trifasico del concetto di governance a più livelli (sovranaZIONALE, nazionale e subnazionale) permette insufficienti possibilità di contatto diretto, poiché nelle trattative con Bruxelles bisogna sempre coinvolgere lo Stato membro. Debbono esservi rapporti diretti con Bruxelles che non passano attraverso Roma, poiché ciò rappresenta una "difficoltà di mentalità". In linea di massima la provincia autonoma di Bolzano dovrebbe essere sempre consultata accanto all'Italia quale Stato membro della UE, quando si tratta di questioni attinenti le competenze primarie dell'Alto Adige. Queste consultazioni non devono essere sviluppate attraverso la Conferenza Stato-Regioni ma attraverso dei "tavoli di consultazione" separati precipi delle regioni a statuto speciale. Viene discusso in modo controverso se questo strumento sia proficuo per l'Alto Adige. Deve essere garantita una migliore partecipazione dell'Alto Adige attraverso il Comitato delle regioni; bisogna prevedere costituzionalmente che le minoranze devono inviare un rappresentante dell'Italia nel Comitato delle regioni. Attualmente il Comitato delle regioni ha solo compiti consultivi, ma in futuro acquisirà importanza. Viene sottolineata anche la nascita e l'importanza dell'ufficio della provincia autonoma di Bolzano a Bruxelles. Attraverso quest' ufficio si possono curare ed ampliare i relativi contatti con le istituzioni europee.

#### b) Rapporti esterni, immagine esterna e collaborazione transfrontaliera

La provincia autonoma di Bolzano oltre ad avere rapporti diretti con Bruxelles dovrebbe avere anche delle relazioni estere e dovrebbe poter stipulare accordi con altre regioni. Nell'Unione Europea la rete sovranazionale, regionale, è oltremodo importante. Per l'Alto Adige sarebbe sostanziale la collaborazione con altre minoranze, soprattutto per tutelare le questioni concernenti le minoranze. In conformità agli esempi delle rappresentanze regionali della Catalogna in Sardegna o le rappresentanze estere del Québec, l'Alto Adige potrebbe istituire delle rappresentanze estere permanenti a Innsbruck, Vienna e/o Berlino. Queste rappresentanze e la loro funzione di politica estera nelle questioni attinenti le minoranze sarebbero necessarie per l'immagine dell'Alto Adige verso l'esterno o per l'attività sulla scena internazionale (nel senso del superamento degli Stati nazionali e del principio di sussidiarietà).



Il rafforzamento della collaborazione transfrontaliera è ovvio e suggerito dalla storia comune e dalla vicinanza geografica dei territori, in particolare nel contesto del “Tirolo Storico”; da un lato si dovrebbe collaborare dal punto di vista economico tra l’altro per mezzo di progetti comunitari e il collegamento di strutture (ad es. nel settore della cultura, del traffico e dell’agricoltura), d’altro lato la creazione ed il mantenimento di relazioni istituzionali oltre i confini è un compito politico permanente. Il principio e l’importanza della collaborazione transfrontaliera devono essere osservati nella rielaborazione dello Statuto di autonomia.

Viene discusso in modo controverso su quanto spazio deve essere attribuito nello Statuto ai singoli strumenti di una simile collaborazione, in particolare quando essi non sono degli istituti giuridici dell’assetto istituzionale italiano. Le esposizioni in merito agli strumenti possono essere riassunte nel seguente modo:

- Il GECT/“Regione europea del Tirolo-Alto Adige-Trentino”: attraverso il gruppo europeo di collaborazione e cooperazione territoriale (GECT) deve essere promossa la collaborazione delle regioni di confine nell’ambito delle competenze dei membri del GECT. Gli Stati membri dell’Unione Europea non possono impedire simili forme di collaborazione. Obiettivo fondamentale di un GECT è la promozione economica e sociale delle regioni di confine. Attraverso il GECT le regioni di confine possono adottare atti giuridici sovrani, ma non possono emanare leggi. Nella maggior parte dei casi ciò accade già concretamente su base progettuale, cosa valida anche per la “Regione europea del Tirolo-Alto Adige-Trentino”. In linea di massima per ciò che attiene l’Euregio si ritiene che la collaborazione vada potenziata; sino ad ora è stata uno strumento poco trasparente e il suo potenziale non è ancora stato esplicitato.
- A livello europeo le macroregioni acquisiscono importanza poiché accanto all’attività transfrontaliera sottolineano anche le affinità geografiche di un territorio. Per questo il quadro integrato approvato dal Consiglio Europeo deve considerare sia la strategia europea per la regione alpina (EUSALP), sia la Convenzione delle Alpi (“Magna carta” dello spazio alpino) e citarle nello Statuto rielaborato, indipendentemente dalla forma che assumerà.
- Le tre Assemblee legislative congiunte ossia della Provincia autonoma di Bolzano, del Tirolo e della provincia autonoma di Trento, vengono citate come strumento di collaborazione. Viene discusso in modo critico il fatto che esse trattano solo “ovvietà” e “non vengono apprezzate” dagli interessati.
- Sulla base dell’importanza del tema dell’Unione Europea e della “Regione europea Tirolo-Alto Adige-Trentino” viene presentata la proposta che il Consiglio della provincia autonoma di Bolzano una volta all’anno discuta obbligatoriamente di questi temi.

Renate von Guggenberg, Esther Happacher e Roberto Toniatti vengono invitati dall’Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33 ad elaborare un documento riassuntivo che venga presentato all’Assemblea plenaria poiché esiste un consenso fondamentale su questo tema.

#### **4. Discussione sui lavori**

Viene deciso quanto segue: nella riunione del 4/11/2016 viene discusso il macrotema “Organi e rapporti istituzionali all’interno della Provincia autonoma di Bolzano”; da novembre i singoli macrotemi verranno approfonditi ciascuno da tre gruppi di lavoro.

#### **5. Allegati**

- Documento L. Durnwalder
- Documento R. Toniatti
- Decreto del Presidente della Repubblica n. 526/1987